



Beschlussauszug

aus der

33. Sitzung des Betriebsausschusses Ückeritz vom 14.02.2023

Top 5 Beratung zur einheitlichen Kurabgabe

Herr Brose erklärt, dass das Thema nochmal besprochen werden muss, weil die Voraussetzungen nicht mehr wie im Dezember vorgestellt sind.

Es folgt eine Diskussion.

Speziell das Thema ÖPNV ist sehr schwierig, da die Einheimischen den ÖPNV nicht über die Kurkarte nutzen können.

Herr Schulz erklärt, dass es auch im Dezember schon klar war, dass diese nicht den vollen ÖPNV nutzen können.

Herr Wöllner und Herr Brose verweisen auf das Protokoll aus der Sitzung Dezember 22.

Es folgt eine Diskussion.

Herr Schulz äußert gegenüber Herrn Brose, dass die Protokolle nicht aussagekräftig seien, da Herr Brose diese schreibt, wie er es benötigt und nicht wie die Sitzungen wirklich waren.

Herr Wöllner erklärt, dass Herr Schulz als Mitarbeiter des Eigenbetriebes der Gemeinde Ostseebad Ückeritz auch in dieser Sitzung zum wiederholten Mal den gebotenen Respekt gegenüber den gewählten Gemeindevertretern und auch gegenüber den Einwohnern vermissen lasse. Insbesondere die Äußerung gegenüber dem Vorsitzenden des Betriebsausschusses, er führe Protokolle nicht ordnungsgemäß, sei nicht hinnehmbar.

Herr Wöllner und Herr Schulz führen eine Diskussion, die jeglichen Respekt missen lässt.

Herr Brose fragt Herrn Schulz mehrfach nach seinem genauen Wortlaut für das Protokoll. Herr Schulz möchte diesen nicht wiederholen.

Herr Brose ermahnt Herr Wöllner und fordert Herrn Schulz auf, die Sitzung zu verlassen.

Herr Brose unterbricht die Sitzung für 5 min.

Herr Brose stellt den Antrag, die Tagesordnung im nicht öffentlichen Teil, um einen Punkt Personal zu erweitern.

Dem Antrag wird einstimmig gefolgt

Es folgt eine Diskussion.

Herr Krause stellt den Antrag, die Beschlüsse zur neuen einheitlichen Kurabgabe zurückzunehmen.

Herr Wöllner schlägt vor, ein Kompromiss auszuarbeiten.

Es folgt eine Diskussion.

Die anwesenden Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, dass der Eigenbetrieb den aktuellen Vertrag mit der UBB vorlegt.

Des Weiteren wird der Gemeindevertretung einstimmig empfohlen, die Beschlüsse zum ÖPNV aufzuheben.

